

Skandalös

Petra Sorge über die Versorgungslücke in der Rente

Wieder eine Studie, wieder dieselben Ergebnisse: Die Rente ist nicht sicher, zumindest nicht in der Höhe, wie sie die meisten Bürger womöglich erwarten. Millionen künftige Rentner werden ihren gewohnten Lebensstandard im Alter nicht halten können. Dass die Bundesregierung das Thema ganz oben auf ihre Agenda gesetzt hat, ist daher folgerichtig. Doch das Herumdoktern an der Gesetzlichen Rentenversicherung verdeckt, dass der noch viel größere Skandal in der privaten Altersvorsorge steckt. Millionen Deutschen wurden die Riester- und Rürup-Produkte als Heilsversprechen angepöbeln, sie griffen zu, in der Hoffnung darauf, die Versorgungslücke im Alter so mildern zu können.

Die DIW-Studie zeigt nun: Die private Altersvorsorge kann ihre Zinsversprechen nicht einhalten. Jüngere Erwerbstätige werden doppelt belastet. Sie müssen höhere Einbußen bei der gesetzlichen und Mini-Zinsen bei der privaten Altersvorsorge hinnehmen. Die Lösung kann nur mehr Unabhängigkeit von den Märkten sein, und damit die Stärkung der Gesetzlichen Rentenversicherung. Zehn Experten sollen nun Vorschläge vorlegen, wie die Rente auch nach 2025 gesichert werden kann. Es ist eine Mammutaufgabe.

„Schluss mit Riester“

Sozialfunktionär Ulrich Schneider kritisiert die Rentenpolitik der Bundesregierung scharf

Von Petra Sorge, RNZ Berlin

Berlin. Ulrich Schneider (60, Foto: dpa) ist Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Seit knapp 20 Jahren führt Schneider den Verband an und setzt sich in diesem Zusammenhang für soziale Themen ein, indem vor allem die Agenda 2010 kritisiert.



> Herr Schneider, Millionen Menschen drohen im Alter deutliche Einschränkungen. Ihnen fehlen im Schnitt 700 Euro im Monat bei der Rente, zeigt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Wie groß ist das Problem wirklich?

Das ist ein weiterer Beleg dafür, dass das Drei-Säulen-System in der Rente mit gesetzlicher, privater und betrieblicher Altersvorsorge gescheitert ist. Besonders die Riester-Rente – sie kostet jährlich drei Milliarden Euro an Steuergeldern. Dabei hat nicht mal jeder Zweite, der riestern könnte, diese Versicherung, und schafft es selbst dann kaum, seine Versorgungs-

lücke auszugleichen. Eine konsequente Politik würde jetzt umkehren: Schluss mit Riester! Wir müssen über ein neues System nachdenken – und das ist ganz klar das alte. Wir müssen die gesetzliche Rentenversicherung wieder stärken.

> Genau das plant die Bundesregierung. Bis 2025 wird das Rentenniveau bei 48 Prozent stabilisiert, ab 2021 sind laut Bundeshaushalt 2019 jährlich zwei Milliarden Euro für die Rentenrücklage eingeplant. Reicht das nicht aus?

Was die Bundesregierung da macht, ist weder Fisch noch Fleisch. Um die Akzeptanz der Rentenversicherung zu sichern, müsste das Rentenniveau auf 53 Prozent erhöht werden. Also auf das Niveau, das wir hatten, bevor Riester und der ganze Unsinn eingeführt wurde. Die SPD spricht viel Richtiges an, aber wagt in dieser Bundesregierung offensichtlich keine konsequente Rentenpolitik. Die würde auch auf den Arbeitsmarkt schauen. Wer heute Mindestlohn erhält, bekommt morgen kaum mehr Rente als jemand, der nie gearbeitet hat, zeigt die DIW-Studie. Wir fordern deshalb einen Mindestlohn von zwölf Euro. Aber selbst das deckt gerade mal eine Rente ab, die

bei Vollerwerbstätigkeit und sehr langen Beitragszahlungen etwas über der Grundsicherung liegt. Viele Menschen sind aber nicht voll erwerbstätig. Frauen haben etwa oft geringere Ansprüche, sind häufiger teilzeitbeschäftigt und stärker von Altersarmut bedroht.

> Deswegen hat die Union im Rentenpaket durchgesetzt, dass die Mütterrente verbessert wird...

Nein, das ist alles halbherzig. Die Mütterrente macht noch immer Unterschiede zwischen den Kindern, die vor und nach 1992 geboren sind. Bei denen, die vor diesem Stichtag geboren sind, soll es nur einen halben Beitragspunkt geben, für die später geborenen einen ganzen. Eine Gleichstellung haben wir da noch immer nicht. Im Übrigen würde uns eine gute Rentenpolitik kostenmäßig nicht umbringen. Wenn wir – bei einem derzeitigen Bruttoinlandsprodukt von 3,5 Billionen Euro – im Jahr 2030 50 Milliarden mehr für die Rente ausgeben sollten, steigt die Sozialquote vielleicht um einen Prozentpunkt auf knapp über 30 Prozent. Das hatten wir schon häufig in Deutschland. Da werden mit den Milliarden-Zahlen also ganz bewusst Horrorszenarien gemalt.

und auf der gleichen Seite der folgende Artikel →

Private Vorsorgeformen helfen nicht wirklich weiter

DIW-Studie: Künftige Rentner müssen den Gürtel enger schnallen – Forderung nach Zusatzrente

Von Petra Sorge, RNZ Berlin

Berlin. Sie werden ihren gewohnten Lebensstandard nicht vollständig halten können: Millionen ältere Erwerbstätige werden sich im Rentenalter deutlich einschränken müssen, zeigt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Was kommt auf die künftigen Ruheständler zu?

58 Prozent der 55- bis 64-Jährigen könnten ihren aktuellen Konsum nicht decken, wenn sie jetzt in Ruhestand gingen, das bedeutet eine enorme Versorgungslücke. Dafür reichten die Anwartschaften aus der gesetzlichen Rentenversicherung, der Betriebsvorsorge oder aus Beamtenpensionen schlicht nicht aus, hat das DIW errechnet.

Den Betroffenen fehlen im Vergleich zum letzten Einkommen durchschnittlich 700 Euro monatlich. Denjenigen, die nur auf die gesetzliche Rentenversicherung setzen, fehlten rund 740 Euro. Zwar fallen im Alter viele Kosten wie etwa für das berufliche Pendeln weg. Dafür steigen die Ausgaben für Gesundheit und Pflege.

Besonders groß sind die Einschnitte laut der Studie für Singles, Frauen, ungelernete Beschäftigte und Selbstständige. Besser stehen die Beamten da, die im Schnitt höhere Pensionen beziehen. Nur 13 Prozent droht eine Versorgungslücke.

Mehr als 16 Millionen Deutsche zahlen in die staatlich geförderte Riester-Rente ein, in verschiedene Anlageformen von Aktien bis Immobilien. Doch nach den

DIW-Berechnungen helfen auch die privaten Vorsorgeformen nicht wirklich weiter. Die Riester- und Rürup-Renten senken den Anteil der Menschen mit einer Versorgungslücke lediglich um zwei Prozentpunkte. Die Versorgungslücke beträgt dann noch immer 650 Euro im Monat. Die Relevanz dieser Versicherungen sei also „nicht nennenswert“, urteilt Stüt-

ten Bruttoeinkommens bekommen, bleiben den 20- bis 34-Jährigen nur 39 Prozent. „Erst die private Vorsorge sichert den Lebensstandard“, glaubt Raffelhüschen.

Erst, wenn die Menschen ihr privates Vermögen einsetzen, verbessert sich die Lage im Alter. Doch die Ersparnisse sind in den Altersstufen 55 bis 64 höchst unterschiedlich verteilt: Die oberen zehn

Prozent haben rund 423 000 Euro, die unteren zehn Prozent nur 91 000.

Um die Gesetzliche Rente zu stützen, will die Koalition das Rentenniveau von 48 Prozent bis 2025 sichern. Für die Zeit danach soll eine Rentenkommission weitere Vorschläge ausarbeiten. Ab 2021 fließen zudem jährlich zwei Milliarden Euro in die Rücklage „Demografievorsorge Rente“. Das geht aus dem vorläufigen Bundeshaushalt 2019 hervor. „Klar ist: Die SPD will mehr, um mehr Sicherheit für Jung und Alt zu geben“, sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsfraktion, Katja Mast. „Deshalb packen wir die

Herausforderungen auch in der Arbeits-, Familien- und Wohnungspolitik an.“

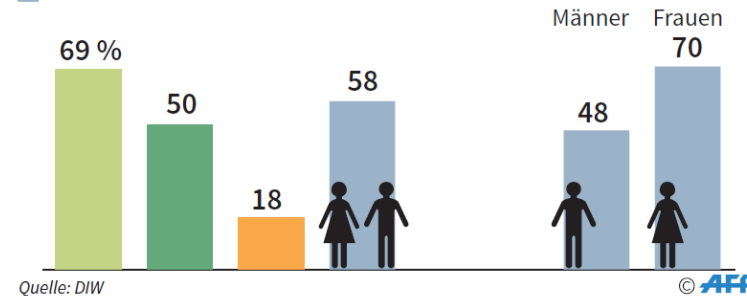
Die DIW-Forscher fordern in ihrer Studie, dass die Riester-Zuschüsse beendet und lieber in eine kapitalgedeckte Zusatzrente umgeleitet werden sollten. Die sogenannte „Deutschlandrente“ würde jeden, der nicht über eine ausreichende betriebliche Versicherung verfügt und auch nicht aktiv widerspricht, automatisch in eine staatlich-private Altersvorsorge einbeziehen.

Versorgungslücke

Anteil der 55- bis 64-Jährigen, deren Pro-Kopf-Konsum größer ist als ihre bisher erworbenen Rentenanswartschaften, in Prozent

Anwartschaften aus:

- Gesetzlicher Rentenversicherung oder
- Gesetzlicher Rentenversicherung und Betriebsrente oder
- Beamtenpension
- Durchschnitt



Quelle: DIW

© AFP

dienautor Timm Bönke. Der Grund: Zu geringe Beiträge, zu niedrige Zinsen, winzige Renditen. Dabei haben die meisten 55- bis 64-Jährigen ihre Versicherung noch in Zeiten hoher Verzinsung abgeschlossen, sagt Bönke.

Laut einer Berechnung des Freiburger Rentenforschers Bernd Raffelhüschen vom vergangenen Oktober wird bei den Jüngeren die Kluft noch größer: Während ältere Erwerbstätige aus der Gesetzlichen Rente noch zwei Drittel ihres letz-